

Gastbeitrag. Die wichtige Arbeit des FWF auch in der Covidkrise wird von der Politik weder gewürdigt noch budgetär sichergestellt.

Nach des Kanzlers Stippvisite in Israel

VON SIGISMUND HUCK

Der jüngste Ausflug von Kanzler Kurz nach Israel hat die herausragende Bedeutung von Forschung in der aktuellen Pandemie unterstrichen. Kurz, seine dänische Amtskollegin, Mette Frederiksen, und Gastgeber Benjamin Netanjahu haben Pläne zur Bekämpfung des Sars-CoV-2 Virus erörtert. Demnach soll eine mit 50 Mio. Euro dotierte Stiftung zur Erforschung sowie zur beschleunigten Erzeugung von Impfstoffen gegen Sars-CoV-2-Mutationen eingerichtet werden. Da kommt eine Meldung des Pharmagiganten Novartis, in Kundl, Tirol, den RNA-Impfstoff von CureVac herstellen zu wollen, zur rechten Zeit. Welchen finanziellen Beitrag die derzeitigen Stifter Österreich, Dänemark, und Israel leisten wollen, ist nicht bekannt.

Sollten die Beteiligten Beiträge in gleicher Höhe einzahlen, wäre Österreich mit rund 16 Mio. Euro dabei. Novartis darf, unabhängig davon, vielleicht mit einem Zuschuss durch die Austrian Business Agency des Wirtschaftsministeriums rechnen. Österreichs Beitrag zur Erforschung von mutierten Covidviren wäre allerdings beim Fonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung (FWF) besser investiert.

Expertinnen haben in der Pandemie der österreichischen Politik die wissenschaftliche Basis für ihre politischen Entscheidungen geliefert. Sie sind natürlich nicht vom Himmel gefallen – haben sie doch ihre Expertise durch einschlägige Forschung erlangt, und die wurde zu wesentlichen Teilen vom FWF finanziert. Dorothee von Laer, Ursula Wiedermann-Schmidt, Andreas Bergthaler, Franz Xaver Heinz, Herwig Kollaritsch, Norbert Nowotny, Michael Wagner, und Günter Weiss, alle zeichnet aus, dass sie vom FWF finanzierte Projekte durchgeführt haben. Der FWF hat auf Corona aktuell reagiert und Sondermittel bereitgestellt. Mit anderen Worten: Der FWF spielt direkt und indirekt auch bei der Bewältigung der

derzeitigen Krise eine wesentliche Rolle.

Die Arbeit des FWF im Allgemeinen und hier im Speziellen wird allerdings von der Politik weder gewürdigt noch durch ausreichende Budgetierung sichergestellt. Wie schon zuvor konnten auch vergangenes Jahr zahlreiche, selbst durch internationale Begutachtung für förderwürdig befundene Projekte nicht finanziert werden (2020: 172 Projekte mit einem Gesamtbudget von 65 Mio. Euro; das sind rund 20 Prozent aller förderwürdigen Projekte!). Um diesem unhaltbaren Zustand abzuhelfen, ist es notwendig, in naher Zukunft das FWF-Budget zu verdoppeln. Dem BM für Bildung, Wissenschaft und Forschung muss dieser Umstand bewusst sein.

Dazu kommt ein aktuelles Problem: Mit Ende des Jahres 2020 hat die Österreichische Nationalstiftung ihre Tätigkeit eingestellt. Aus Mitteln dieser Stiftung, gespeist aus Beiträgen der Nationalbank, des ERP-Fonds sowie des Österreich-Fonds, wurden nicht nur Aktivitäten des FWF (im Umfang von 40 Mio. Euro), sondern auch einer Reihe weiterer wissenschaftlicher Organisationen, darunter die Christian-Doppler-Gesellschaft, die Akademie der Wissenschaften, die Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft sowie die FFG finanziert. Als Nachfolgeorganisation für die Nationalstiftung ist im Regierungsprogramm ein Fonds Zukunft Österreich vorgesehen, für den der Österreichische Forschungsrat ein Budget in der Höhe von 250 Mio. Euro gefordert hat. Obwohl das Ende der Nationalstiftung seit Langem feststeht, und obwohl im Parlament seit Monaten eine diesbezügliche, von allen Parteien unterstützte Petition aufliegt, hat der Fonds Zukunft Österreich bis heute kein Budget zur Verfügung. Die erwähnten 16 Mio. Euro wären im Fonds Zukunft Österreich besser angelegt als in einer fragwürdigen Corona-Stiftung.

Sigismund Huck ist Past President der Austrian Neuroscience Association und pensionierter Mitarbeiter am Zentrum für Hirnforschung der Med-Uni Wien.

ICH FINDE, DIE NEONAZIS,
QANONS UND IDENTITÄREN
SOLLTEN SCHON SCHAUEN,
MIT WEM SIE DA DEMONSTRIEREN,
UND SICH NICHT VON EXTREMISTEN
WIE KICKL VEREINNAHMEN LASSEN



Die FPÖ, eine Partei nimmt sich aus dem Spiel

Gastbeitrag. Herbert Kickl führt die FPÖ ins rechte Abseits. Die Zeit, in der sich so mancher eine „bürgerliche“ FPÖ einreden konnte, ist vorbei.

VON JOHANNES KUNZ

Seit Jörg Haider's Zeiten driftet die Freiheitliche Partei immer mehr nach rechts außen ab. Dabei hat sie noch in den 1970er-Jahren Kontakte zu liberalen Parteien wie der deutschen FDP geknüpft. Doch später schürte man Ressentiments gegen die Europäische Union, liebäugelte zeitweise sogar mit einem Austritt aus der EU.

Verstärkte weiters in der Migrationskrise 2015/16 fremdenfeindliche Vorurteile nicht nur gegen Moslems, sitzt im EU-Parlament in einer Fraktion mit Rechtsradikalen wie der deutschen AfD oder der italienischen Lega, geißelt Papst Franziskus wegen seines Eintretens für Flüchtlinge als „Linken“, nützt jetzt die Coronapandemie zur Generalmobilmachung gegen den politischen „Mainstream“, die „linken Eliten“, zu denen natürlich auch die Merkel-CDU gehört, gegen die „Political

Correctness“ und die „Lügenpresse“, zu der man vom ORF bis neuerdings sogar zur „Kronen Zeitung“ so gut wie alle nicht FPÖ-nahen Medien zählt. Zeigt offen Sympathien für autoritäre Politiker von Viktor Orbán bis Wladimir Putin, nicht zu vergessen den ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump, und sieht sich selbst als „Patrioten“ im Kampf gegen die „Globalisierer“ von der neuen Biden-Administration in den USA über den Philantropen George Soros bis zu Microsoft-Gründer Bill Gates.

Feindbilder finden sich immer wieder neue. Antisemitische „Einzelfälle“ im Umfeld der FPÖ sind die Österreicher längst gewöhnt, und das skandalöse Ibiza-Video passt gut in dieses Sittenbild.

Dreimal Koalition geplatzt

Dreimal ist eine Koalition der FPÖ (einmal mit den Sozialdemokraten, zweimal mit der ÖVP) geplatzt, Spaltungen waren an der

Tagesordnung (Liberales Forum, BZÖ). Die ÖVP-Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Sebastian Kurz mussten sich im In- und mehr noch im Ausland heftige Kritik wegen ihrer Koalitionen mit den Freiheitlichen gefallen lassen.

Bis vor nicht allzu langer Zeit saß Herbert Kickl auf der Regierungsbank als Innenminister in einer Koalition mit der ÖVP, die ihn damals stets gegen Angriffe verteidigte. Nun hat die Volkspartei angesichts der jüngsten Corona-Demonstrationen in Wien offenbar spät, aber doch erkannt, mit wem sie sich eingelassen hatte. Zitat ÖVP-Generalsekretär Axel Melchior: „Kickl hat bei seinem selbst inszenierten Auftritt nicht nur tief in den Schmutzkübel des Antisemitismus gegriffen, sondern auch mit seiner üblen Kampfrhetorik jene rechtsextremen Krawalle ausgelöst, die brutale Gewalttaten gegen Polizisten und Polizistinnen sowie Sicherheitsleute zur Folge hatten.“ Angesichts von

PIZZICATO

Test-Weltmeister

Österreich ist Test-Weltmeister. Der Deutsche Fußballbund (DFB) ist nun aber doch wieder davon abgerückt, Sebastian Kurz zum Nachfolger von Joachim Löw zu machen. Denn man wolle, hieß es aus dem DFB, ja auch echte Turniere gewinnen.

Sebastian Kurz will aber ohnehin lieber in Österreich bleiben. Denn er hat da wieder einen großen Sieg gelandet. Er hat Heinz-Christian Strache – die Jungen kannten ihn nicht mehr – solch raffinierte SMS geschrieben, dass die von der Opposition bereits ausgelegte Bombe gar nicht mehr hochging. Der U-Ausschuss sitzt nun auf den SMS und weiß nicht so recht, wohin damit.

Andererseits wird es sowieso Zeit für die erste deutsche Fußballteamchefin. Dem Vernehmen nach hat sich Ursula von der Leyen beworben. Sie konnte zuletzt internationale Erfahrung sammeln – vor allem in der Defensive. Und hat gelernt, wie man den Ball flach hält – vor allem bei Gegenwind.

Bei den deutschen Fußballfans hingegen beliebter ist der langjährige Österreich-Legionär Heinz Faßmann. Denn er gilt als Erfinder der Wohnzimmer-Tests. Wenn man schon nicht ins Stadion darf, so kann man sich nun im eigenen Wohnzimmer testen – und gleich danach im Fernsehen zuschauen. Sogar die Gastro zu Hause kann man dann wieder öffnen. (oli)

Reaktionen an: oliver.pink@diepresse.com

LESERPOST

Leserbriefe bitte an:
Die Presse, Hainburger Straße 33,
A-1030 Wien oder an
leserbriefe@diepresse.com

Verschleierungsverbot laut EGMR rechtmäßig

„Wem schadet eine Burka-Trägerin? Niemandem!“, Leserbrief von Michael Pfeiffer, 9. 3.

Herr Pfeiffer empfiehlt den Musliminnen den Gang zum EGMR. Das ist längst geschehen und abgehandelt. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte entschied im Juli 2014, dass das französische Verschleierungsverbot rechtmäßig ist. Die Religionsfreiheit wird nicht verletzt, die Verschleierung behindert jedoch das soziale Zusammenleben, denn eine Verschleierung errichtet eine Barriere zwischen der Trägerin und ihrer Umwelt und behindert damit die soziale Gemeinschaft. Freie Menschen sehen einander

ins Gesicht, wenn sie miteinander sprechen.

Die Verschleierung verstößt gegen die Gleichberechtigung von Mann und Frau, und die Sicherheit im öffentlichen Raum erfordert es, nicht Personen mit Vollverschleierung begegnen zu müssen, von denen nicht erkennbar ist, ob sie Mann oder Frau, harmlos oder gewalttätig, unbewaffnet oder bewaffnet sind. Und der EGMR sieht in Burka und Niqab einen massiven und unrechtmäßigen Eingriff in die persönliche Freiheit von Frauen. **Ferdinand Kafka**, 3400 Klosterneuburg

Das Lachen blieb im Halse stecken . . .

„Wer ausgelassen bei Disco-Wirten abtanzt, wird rasch geimpft“, „Gegengift“ von Norbert Mayer, 6. 3. Danke für die wunderbare Glosse über die Impfgeschwindigkeit in Wien, wonach Durchschnittsbürger nach neuesten Berechnungen nicht „im September 2021, sondern im Oktober 2022 tot oder endlich an der Reihe“ sind . . . Das

Lachen blieb mir allerdings im Hals stecken, als ich mich in meinem Freundes- und Bekanntenkreis umhörte.

Eine 101 Jahre alte, mobile Dame hat bis heute keinen Termin. Eine 96-jährige Immobile im Rollstuhl wurde vor zwei Wochen für neun Uhr ins „Town Town Corona“ beordert (ohne Adressenangabe!), obwohl Ansober versichert hat, Immobile würden zu Hause geimpft („Wir kommen zu Ihnen“). Nach tagelangen Telefonaten und Mails wurde ein Impfteam in der Wohnung zugesichert – Ergebnis: Neuerlicher Termin um neun Uhr in Town Town, dafür drei Wochen später! Ein 84-jähriger kranker Freund samt 82-jähriger Frau – kein Termin; ein Mittsechziger nach Herzinfarkt, mit Herzschwäche und COPD – kein Termin. Und so weiter.

Das wirklich Kafkaeske an der Situation ist aber, dass man über 1450 in der Realität niemanden erreicht (außer man sitzt drei Stunden am Telefon); und wenn doch endlich jemand ab-